Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1130
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 112. **Montag, 17. Mai 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post und durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage: „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der zerhauene Knoten.

Der Entschluß Hindenburgs, Justizminister Marx zum Reichskanzler zu berufen, zeigt seinen Willen, die Regierungskrise, die zu einem schier unlösbaren Problem sich zu verdichten droht, kurzerhand zu durchschneiden. Ein Kabinett Marx, dessen Zusammensetzung sich so gut wie gar nicht von der Zusammensetzung der gestürzten Regierung Luther unterscheiden wird, bedeutet kein neues Programm, keine Kursänderung. Wenn auch anzunehmen ist, daß Herr Marx in seinem politischen Handeln sich mehr an die Sozialdemokratie anlehnen wird als an die Rechte, so hat er doch durch seine Zustimmung zu den brennendsten Entschlüssen des vor kurzem gestürzten Kabinetts sich festgelegt. Herr Marx billigte die Flaggenanordnung. Er erklärte sie mit der Verfassung der Republik vereinbar und stellte sich auch auf den gleichen juristischen Standpunkt, den Dr. Luther in seiner letzten Rede im Reichstag einnahm. Seine Haltung in der Flaggenfrage ist also gebunden. Denn er kann nicht gut das, was er als Justizminister für richtig und zweckmäßig hält, wenige Tage später als Reichskanzler widerrufen. Auf der anderen Seite steht die demokratische Partei und auch ein gewisser Teil des Zentrums der Flaggenanordnung nach wie vor in schärfster Opposition gegenüber. Die Flaggenanordnung stürzte das Kabinett Luther. Logischerweise müßte auch einem Kabinett Marx, das einen anderen Standpunkt in dieser Frage einfach nicht vertreten kann, dasselbe Schicksal beschieden sein. Aber schließlich, die Wege, die ein nachrevolutionäres deutsches Parteisystem zu gehen weiß, sind oft recht sonderbar. Und dann weiß man ja auch zur Genüge, daß diese Flaggenanordnung des gestürzten Kabinetts nur zu dem Zweck herangeholt wurde, um eine Persönlichkeit zu beseitigen, die sich die Ungnade der Sozialdemokraten und damit auch automatisch die der Demokraten zugezogen hat. Der Sieg ist errungen. Damit dürfte auch dem Sturm seine Heftigkeit, Energie und Maßlosigkeit genommen sein.

Aber es gibt noch andere Fragen, die der Entscheidung harren. Probleme, die viel tiefer in die lebenswichtigen Geschicke des deutschen Volkes eingreifen als die Flaggenanordnung. So der herannahende Volksentscheid über die Fürstenenteignung, das wieder akute Aufwertungsproblem, Steuer- und Wirtschaftsfragen, die ohne Mitwirkung der Deutschnationalen einfach nicht zu lösen sind. Ein Kabinett Marx im Zusammenhang mit diesen Fragen bedeutet nicht nur keine Erleichterung der politischen Hochspannung, eher eine Verschärfung. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Deutschnationalen gleich schon in der ersten Sitzung des Reichstages die Arbeitsmöglichkeit dieses Kabinetts verhindern werden, so ist ihre Einstellung zu dem politischen Kurs, den Herr Marx erfahrungsgemäß einschlagen wird, fest umrissen. An ihrer Opposition wird sich nichts ändern. Sie wird sich eher verschärfen, denn Herr Marx ist nicht Herr Luther und Herr Luther war immerhin eine Persönlichkeit, die die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten erkannt hat, wenn sie dieser Erkenntnis auch nicht immer Rechnung trug. Aber — der ganze Brief Hindenburs an Marx deutet darauf hin — man wird dieses Kabinett nicht als eine endgültige Lösung der jetzigen Krise zu betrachten haben. Man wird ihm wohl oder übel den Charakter eines geschäftsführenden Kabinetts zuerkennen müssen. Das bedeutet, daß ein solches Kabinett von der Notwendigkeit entbunden ist, ein neues Regierungsprogramm dem Reichstag vorzulegen, was einem Kabinett Marx die Möglichkeit gibt, die Regierungsgeschäfte weiter zu führen, ohne von dem Ergebnis eines unmittelbar bevorstehenden Vertrauens- oder Mißbilligungsvotums gefährdet zu werden. Allerdings ist die Arbeitsmöglichkeit, die diesem Kabinett auf diese Weise gegeben ist, nur provisorisch. Immerhin hätten wir wenigstens ein Kabinett. Und es ist angesichts der politischen Hochspannung für Deutschland besser, eine wenn auch nur teilweise arbeitsfähige Regierung zu haben als gar keine. Diese Regelung entbindet aber nicht die Parteien von der Aufgabe, möglichst schnell die Hemmungen und Beschwernisse zu beseitigen, die sich einer wirklich tragfähigen Regierungskoalition entgegenstellen. Stützt man sich auf die Erfahrungen, die die Wiedergeburt des zweiten Kabinetts Luther lieferte, so wird man zu der Feststellung kommen, daß es bis dahin noch eine gute Weile haben wird.

Eröffnung des Kölner Flughafens.

)(Köln. Sonnabendnachmittag wurde der Flughafen der Stadt Köln Butzweilerhof in Gegenwart zahlreicher geladener Gäste eröffnet.

Bei der Eröffnungsfeierlichkeit teilte der zuständige Beigeordnete der Stadt Köln Haas mit, daß außer den schon bekannten über Köln führenden Fluglinien in den nächsten Tagen die Linien Paris—Köln—Berlin und Kopenhagen—Hamburg—Köln eröffnet werden. Vom 1. 6. ab wird die erste Zubringerlinie Münster—Köln eröffnet, und über eine Linie Saarbrücken—Köln schweben noch Verhandlungen.

Wiederaufbau der deutschen Flotte.

Der zweite Kreuzerneubau „B" wird gegenwärtig in Wilhelmshaven in Angriff genommen. Die Spanten sind bereits gezogen; die Helling mußte verlängert werden. Obgleich sich die Kiellegung verzögerte, schreiten die Arbeiten rüstig voran. — Neubau C wird in Kiel auf den Deutschen Werken vorgenommen.

Dr. Marx Reichskanzler.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten an Dr. Marx.

)(Berlin. **Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend den Reichswehrminister Dr. Geßler zur Berichterstattung über seine Fühlungnahme mit dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer und seine anschließende Besprechung mit den Mitgliedern der geschäftsführenden Reichsregierung.**

Im Laufe des Abends richtete der Reichspräsident an den Reichsjustizminister Dr. Marx das nachstehende Schreiben:

„Sehr verehrter Herr Reichsjustizminister! Aus den Berichten, die der von mir mit der Klärung der politischen Lage betraute Reichswehrminister Dr. Geßler mir erstattet hat, habe ich ersehen müssen, daß eine Aenderung der parteipolitischen Verhältnisse und Zusammensetzung entweder überhaupt nicht oder nur nach langwierigen, im Erfolge zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte. Eine solche lange Regierungskrise verträgt aber die gegenwärtige Lage des Reiches nicht. Es erscheint mir daher zur Ueberwindung der gegebenen Schwierigkeiten und zur Lösung der vor uns liegenden Aufgaben notwendig, daß die bisherige Reichsregierung ihre Tätigkeit unter neuer Führung fortsetzt und ich bitte sie daher, Herr Reichsminister, als das älteste Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten in ihr enthaltenen Partei, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. v. Hindenburg."

Dr. Marx an der Spitze des alten Kabinetts.

vdz. Berlin. **Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich den ganzen Sonntag über mit dem Ersuchen des Reichspräsidenten, an den Reichsjustizminister Dr. Marx als Reichskanzler das bisherige Kabinett weiterzuführen. In der Vormittagssitzung der Fraktion wurde es für notwendig erachtet, vor einer Entscheidung gewisse Differenzpunkte mit der Deutschen Volkspartei auszugleichen. Zu diesem Zweck wurde die Sitzung durch eine längere Pause unterbrochen, in der die Fraktionsführer mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei verhandelten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in folgenden Richtlinien niedergelegt.**

1. Die bestehende Regierungskrise muß unverzüglich gelöst werden, deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten. 2. besteht Uebereinstimmung, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglichster Beschleunigung die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. 3. Für die Mehrheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit bestehender internationaler Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik eintreten.

Auf dieser Grundlage beschloß die Zentrumsfraktion in ihrer Abendsitzung, Dr. Marx um die Uebernahme des Reichskanzleramtes zu bitten. Dr. Marx begab sich darauf sofort zum Reichspräsidenten und wurde von ihm mit der Führung des Kabinetts in seiner bisherigen Zusammensetzung als Reichskanzler betraut.

Erklärung Adenauers.

vdz. Berlin. Von Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer erhalten wir die folgende Erklärung: „Wie die Presse bereits zutreffend gemeldet hat, war der Oberbürgermeister Dr. Adenauer aus Köln auf Wunsch der Zentrumsfraktion des Reichstages in Berlin eingetroffen zu Verhandlungen mit der Fraktion über eine Lösung der Regierungskrise. Dr. Adenauer hat sich sofort dahin ausgesprochen, daß eine wirklich ersprießliche Regierung bei dem außerordentlich schwierigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen nur auf Grund einer festen Mehrheit im Reichstag möglich sei. Unter diesen Voraussetzungen und zu dem Zweck, endlich eine Befestigung der politischen Verhältnisse zu schaffen, würde er einem etwaigen Rufe des Reichspräsidenten Folge geben und seine Person dem Vaterland zur Verfügung stellen. Auf Wunsch der Vertreter der Zentrumspartei nahm er mit dem geschäftsführenden Reichspräsidenten, der mit der Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung beauftragt ist, sowie mit Führern der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Fühlung. Die Fühlungnahme ergab, daß die Deutsche Volkspartei weder für jetzt noch auch nach Erledigung der schwebenden Streitpunkte für absehbare Zeit der Herbeiführung der Großen Koalition, der zur Zeit alleinmöglichen Mehrheitsbildung, geneigt ist. Unter diesen Umständen erklärte Dr. Adenauer bei einer zweiten Unterredung mit dem stellvertretenden Reichskanzler, daß er die Zentrumsfraktion des Reichstages gebeten habe, von dem Vorschlag seiner Person gegenüber dem Reichspräsidenten Abstand zu nehmen.

Bell Reichsjustizminister?

)(Berlin. Wie verlautet, werde **das neue Kabinett Marx bis auf eine Ausnahme dem Kabinett Luther entsprechen. Die einzige Aenderung** werde der **Eintritt des Abgeordneten Bell als Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete sein.** Wie der Montag meldet, werde der neue Reichskanzler Marx den Vorsitz in der Zentrumspartei und in der Reichstagsfraktion des Zentrums bis auf weiteres beibehalten. Es sei damit zu rechnen, daß das Kabinett sich noch im Laufe des heutigen Tages konstituiert und möglicherweise am Mittwoch die Erklärung der Reichsregierung vor dem Reichstag abgegeben wird, man werde dann rasch noch vor Pfingsten die Abstimmung über das Vertrauensvotum herbeiführen.

Die bisherigen Minister bestätigt.

Berlin. (Funkspruch.) **Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Aemtern bestätigt.**

Die erste Sitzung des Kabinetts Marx.

Berlin. (Funkspruch.) Das neue Reichskabinett ist heute vormittag um ½11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, um die **Konstituierung der Reichsregierung** in ihrer veränderten Fassung vorzunehmen. Die Sitzung fand unter Vorsitz des neuen Reichskanzlers Dr. Marx statt. Die **Regierungserklärung** dürfte, wie verlautet, zum Ausdruck bringen, daß die Regierung bemüht sein werde, der Aufforderung des Reichspräsidenten, eine Einheitsflagge für das Deutsche Reich zu schaffen, schnellstens Folge zu leisten. Die vorbereitenden Arbeiten würden mit größter Beschleunigung betrieben werden, so daß die verfassungsmäßige Erledigung der Flaggenfrage noch vor dem Sommer möglich sein werde. Die Regierungserklärung werde ferner betonen, daß **die bisherige Politik des Kabinetts unverändert fortgeführt werde, besonders gelte dies von der Außenpolitik,** deren gleichmäßige Fortsetzung einen feststehenden Programmpunkt bilden werde.

Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung.

Berlin. Amtlich. (Funkspruch.) **Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, hat die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, statt. Die Verordnung zur Durchführung des Volksentscheids wird vom Reichsminister des Innern im Laufe des heutigen Tages erlassen werden.**

Kundgebungen der Vereinigten Vaterländischen Verbände gegen die Fürstenenteignung.

• Berlin. Die **Vereinigten Vaterländischen Verbände** veranstalteten am Sonntag vormittag gemeinsam mit dem Stahlhelm, dem Jungdeutschen Orden und anderen nationalen Organisationen in 20 verschiedenen Bezirken Berlins **Kundgebungen gegen die Fürstenenteignung.** Die Verbände zogen unter Vorantritt von Musikkapellen durch die Straßen. Jeder Zug führte zahlreiche schwarz-weiß-rote Banner und Tafeln mit Aufschriften gegen die Enteignung der Fürstenhäuser mit. Da von der Polizei mit der Möglichkeit von kommunistischen Gegendemonstrationen gerechnet wurde, waren außerordentlich starke Kräfte der Polizei mobilisiert worden, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Teilnahme an den Demonstrationszügen war im allgemeinen lebhaft. Besonders fiel die große Beteiligung in den nördlichen und östlichen Stadtbezirken auf. **Die Züge zählten jeder etwa 1000 bis 2000 Personen.**

Insgesamt kam es an sechs Stellen zu Zwischenfällen, die größere Bedeutung nicht erlangten. 21 der kommunistischen Partei angehörende Personen wurden zwangsgestellt. Außerdem drei Angehörige der aufgelösten Organisationen Olympia und Wiking, weil sie verbotswidrig sich uniformiert an den Demonstrationen beteiligen wollten.

)(Berlin. Nach einer kurz vor 11 Uhr **vom Polizeipräsidium ausgegebenen Meldung** beträgt die Zahl der gestrigen Zusammenstöße in Berlin 40, die Zahl der sistierten Personen 174 und die Zahl der im Polizeipräsidium Abteilung 1 A Eingelieferten und in Schutzhaft Genommenen 115.

Koloniale Tagung in Bochum.

Am 31. Mai findet in **Bochum** die diesjährige **Tagung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft,** in der alle kolonialen und kolonialinteressierten Gesellschaften, Verbände und Vereine zusammengeschlossen sind, statt. In den Tagen vorher wird die Deutsche Kolonialgesellschaft ihre Vorstandssitzung und Hauptversammlung abhalten, die mit einem Begrüßungsabend eingeleitet werden. Ferner findet eine Präsidial- und Ausschuß-Sitzung des Deutschen Kolonialkrieger-Bundes statt, sowie eine Vorstandssitzung des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft und eine Hauptversammlung des Frauenvereins vom Roten Kreuz für Deutsche über See. Am 30. Mai ist ein allgemeiner Festkommers im Städtischen Schützenhof in Aussicht genommen und am 1. Juni eine Fahrt nach Duisburg und Düsseldorf zur Besichtigung des Hafens bezw. der Ausstellung „Gesolei".